



Düsseldorfer Institut für Aussen- und Sicherheitspolitik  
Duesseldorf Institute for Foreign and Security Policy

Babak Khalatbari

Der Nahe Osten, Nordafrika und die  
Europäische Union.  
Mögliche Entwicklungsszenarien und  
ihre Auswirkungen auf Staat und  
Gesellschaft

**DIAS ANALYSE**  
**Nr. 15 Juni 2005**

[www.dias-online.org](http://www.dias-online.org)

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.  
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität  
Universitätsstr. 1 D-40225 Düsseldorf

Dr. Babak Khalatbari studierte in Münster, Köln und Kuwait. Er leitet beim DIAS das Direktorium Greater Middle East, Mashrek.

Babak Khalatbari erreichen Sie über [khalatbari@dias-online.org](mailto:khalatbari@dias-online.org).

Babak Khalatbari  
Der Nahe Osten, Nordafrika und die Europäische Union. Mögliche Entwicklungsszenarien und ihre Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft. DIAS Analyse Nr. 15, Düsseldorf, Juni 2005.

Herausgeber  
Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.  
Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität  
Universitätsstraße 1 D-40225 Düsseldorf

[www.dias-online.org](http://www.dias-online.org)

© 2005, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS)

ISBN:

## Inhaltsverzeichnis

Abstract .....	4
Einleitung .....	4
Status quo .....	6
Trendszenario „depressiver Orient“ – Lethargie greift um sich .....	7
Positives Extremszenario „vitaler Orient“ – die Kraft des Friedens .....	10
Negatives Extremszenario „regionale Abkopplung“ – der Anfang vom Ende.....	14
Implikationen .....	18
Endnoten .....	20

# **Der Nahe Osten, Nordafrika und die Europäische Union. Mögliche Entwicklungsszenarien und ihre Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft**

## **Abstract**

Die Studie greift die Thematik der Mittelmeerbeziehungen der Europäischen Union zu den Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas auf und liefert einen kurzen historischen Überblick sowie wirtschafts- und sicherheitspolitische Zukunftsszenarien der MENA-Region für das Jahr 2015.

Durch die von den osteuropäischen Staaten dominierte Erweiterungsrunde der Europäischen Union (EU) richtet sich automatisch der politische Perzeptionsfokus größtenteils auf die Region dieser Staaten. Gleichzeitig wird die EU durch die Eingliederung der Mittelmeerstaaten Zypern und Malta ebenfalls ein wenig mediterraner, was Brüssel hoffentlich für diese Region etwas mehr zu sensibilisieren vermag. Dies erscheint als angebracht, denn die in Zukunft maßgebenden Problematiken und Risiken für die Stabilität Europas und seines Umfeldes sind wohl bewiesener Maßen eher aus dem Süden als aus dem Osten zu erwarten. Die unklare Verteilung von Aufgaben und Kompetenzen zwischen den Mittelmeerinitiativen der USA, NATO und WEU sowie die dürftige Bilanz bisher in Gang gesetzter multilateraler Projekte machen mehr als deutlich, dass es mit dem unverbindlichen Angebot finanzieller und politischer Kooperation in Zukunft kaum getan sein wird.

In der modellgestützten, in Kontinentaleuropa gebräuchlichen, Szenariotechnik ist die Verwendung von speziellen mathematischen Algorithmen notwendig, um die enorm komplexen Zukunftssituationen vortrefflicher handhaben zu können. Um eine sichere und seriöse Dateneruierung für die Szenariobildung garantieren zu können, wurden alle für die Szenarioberechnung relevanten Daten aus den von den Vereinten Nationen publizierten Arab Human Development Reports der Jahre 2002 und 2003 sowie den Human Development Reports der Jahre 1990 bis 2002 verwendet. Ferner wurden in die Dateneruierung die World Development Indicators der Weltbank aus den Jahren 1990 bis 2002 sowie der vom International Institute for Strategic Studies herausgegebenen Military Balance aus den Jahren 1990 bis 2002 benutzt. Des Weiteren fand eine Aufnahme der Daten aus den World Factbooks des Central Intelligence Agency (CIA) aus den Jahren 1995 bis 2002 statt.

## **Einleitung**

Der Wunsch zu wissen, wie sich die Zukunft gestalten wird, ist vielleicht so alt wie die Menschheit selbst. Und obwohl mittlerweile die Möglichkeit besteht, zum Mond zu fliegen, man sich in virtuellen Welten bewegen und sich klonen lassen kann, gibt es noch immer kein Verfahren, das in der Lage ist, eine exakte Zukunftsprognose zu erstellen. Das Gesetz lautet, dass Zukunft nicht

gewusst werden kann und unvorhersagbar bleibt, was die vielen fehlgeschlagenen Prognosen der letzten Jahrzehnte beweisen. Trotzdem ist die Zukunft nicht so weit entschwinden, dass sie nicht hier und jetzt, in der Gegenwart, durch Visionen und Ideen einer zukünftigen Welt teilweise beeinflussbar ist. Denn mit der Szenarienplanung steht der Wissenschaft ein wirtschafts- wie sozialwissenschaftliches Instrument zur Verfügung, mit dem man den dichten Nebelschleier zwischen Gegenwart und Zukunft etwas auflockern kann.

Doch was ist eigentlich ein Szenario? Der Begriff „Szenario“ wird, etymologisch betrachtet, auf das griechische Wort „skene“ zurückgeführt. Es wurde für den Schauplatz einer Handlung oder einer Szenenfolge in einem Bühnenstück verwandt.<sup>1</sup> Von der Wortschöpfung in der Antike bis zur Wissenschaftsdisziplin war es für den Begriff ein weiter Weg. Dementsprechend hatte die Einführung der Szenarienplanung als wissenschaftliches Werkzeug auch gleich mehrere Väter. Die bekanntesten sind wohl Herman Kahn und Anthony Wiener, deren 1967 erschienene Studie über das Jahr 2000 als Geburtsstunde der Szenarioplanung gilt.<sup>2</sup> Doch trotz aller Ansätze der Zukunftsprognose scheint Benjamin Disraelis fast 170 Jahre alte Aussage, dass „what we anticipate seldom occurs; what we least expect generally happens,“<sup>3</sup> immer noch aktuelle Bedeutung zu haben. Für die Erstellung von Zukunftsszenarien ist daher der maßgebliche Hinweis Charles William Maynes sehr hilfreich, der darauf hinweist, dass man trotz aller Bemühungen von dem größten Teil der Zukunft nur wissen werde, dass sich entscheidende aber unvorhersagbare Geschehnisse ereignen werden.<sup>4</sup> Bezug nehmend auf diesen akademischen Ratschlag sowie in Anlehnung an den griechischen Philosophen Perikles, der erkannte, dass es nicht darauf ankommt, die Zukunft zu kennen, sondern eher wichtig sei, auf sie vorbereitet zu sein, ist es nicht das Hauptziel der Szenarien, die wirtschafts- oder sicherheitspolitische Zukunft der Region zu prophezeien, sondern eher zu verdeutlichen, was und wie viel gegenwärtig auf dem Spiel steht.

Ein Jahreswechsel oder ein großes politisches oder militärisches Ereignis bieten sich in der Regel für Zukunftsspekulationen immer als richtige Augenblicke an; gerade für so geschichtsträchtige und krisengeschüttelte Regionen wie den Nahen Osten und Nordafrika. In der MENA-Region werden diesbezüglich alle Kriterien erfüllt. Wir befinden uns kurz nach einem Millenniumswechsel, regionale Machtstrukturen wurden mit dem Irakkrieg aufgebrochen und der israelisch-palästinensische Konflikt ist auf dem Weg, immer mehr zu eskalieren. Da politisches Handeln wissenschaftlich fundiertes Grundlagenwissen erfordert, ist es nicht das Ziel der folgenden Szenarien, eine ausführliche Handlungsempfehlung auszusprechen, sondern eher eine Szenarienlandschaft zu modellieren, die Interesse erweckt und zur Diskussion einlädt. Sonnenschein und Sonnenfinsternis auf Grund astronomischer Berechnungen vorherzusagen, wie es Thales 585 v. Chr. tat,<sup>5</sup> kann und will definitiv nicht das Ziel dieser Arbeit sein. Im besten aller Fälle entsteht aus der Szenarienauswertung eine Konzeption, die als Vorwegnahme zukünftiger Entwicklungen zum Zwecke der Entscheidungsfindung gelten kann.

Die Strukturierung der folgenden explorativen Szenarioentwicklung geht von einem basierenden Ist-Zustand in der Gegenwart aus, wobei anschließend drei vorwärts gewandte Entwicklungsmöglichkeiten folgen. Dies bedeutet, dass induktive Verknüpfungen von Trends und Faktoren erfolgen, deren Ursache-Wirkungs-Beziehungen in deskriptive Zukunftsmöglichkeiten münden. In dieser modellgestützten, in Kontinentaleuropa gebräuchlichen, Szenariotechnik ist die Ver-

wendung von speziellen mathematischen Algorithmen notwendig, um die enorm komplexen Zukunftssituationen vortrefflicher handhaben zu können. Um eine sichere und seriöse Dateneruierung für die Szenariobildung garantieren zu können, wurden alle für die Szenarioberechnung relevanten Daten aus den von den Vereinten Nationen publizierten Arab Human Development Reports der Jahre 2002 und 2003 sowie den Human Development Reports der Jahre 1990 bis 2002 verwendet. Ferner wurden in die Dateneruierung die World Development Indicators der Weltbank aus den Jahren 1990 bis 2002 sowie der vom International Institute for Strategic Studies herausgegebenen Military Balance aus den Jahren 1990 bis 2002 benutzt. Des Weiteren fand eine Aufnahme der Daten aus den World Factbooks des Central Intelligence Agency (CIA) aus den Jahren 1995 bis 2002 statt.

Im Fokus der untersuchten Dateneruierung standen bei den zwölf Staaten insgesamt pro Land 60 makro- und mikroökonomischen Trendwerte, die im Zeitraum von 1990 bis 2002 eruiert und anschließend algorithmisch auf die Jahre des Zeitraums 2003 bis 2015 projiziert wurden. Hierbei sei erwähnt, dass sich die mikroökonomischen Werte aus den kleinsten Wirtschaftseinheiten, der Konsum- und Haushaltstheorie, der Produktions- und Unternehmenstheorie, der Preis- und Gleichgewichtstheorie, der Arbeitsmarktentwicklung und der Theorie des Marktversagens und der Staatseingriffe zusammensetzt. Dementgegen setzt sich die Makroökonomie aus volkswirtschaftlichen Aggregaten und kausalen Abhängigkeiten zusammen.<sup>6</sup>

## **Status quo**

Für die Erstellung der drei Zukunftsszenarien wurde das Modell des Szenariotrichters angewandt.<sup>7</sup> Dementsprechend wurden für das Jahr 2015 insgesamt drei verschiedene Planungshorizonte erstellt, wobei das Trendszenario depressiver Orient die wahrscheinlichste Zukunftsprognostik darstellt. Der Grund, warum für den Szenarienfokus speziell das Jahr 2015 gewählt wurde, liegt auf der Hand: Zum einen wird in diesem Jahr die ambitiöse Freihandelszone Europa-Mittelmeer höchstwahrscheinlich Realität werden, und zum anderen werden die dann vorherrschenden volkswirtschaftlichen Trends des Mashreks und Maghrebs auf Grund der nahen Nachbarschaft erhebliche Rückwirkungen auf die EU ausstrahlen.<sup>8</sup> Neben dem Szenario „depressiver Orient“ wurden ferner, wie erwähnt, zwei Extremszenarien angelegt, die den bestmöglichen und schlechtestmöglichen Entwicklungsverlauf widerspiegeln. Um realistische Werte für die Extremszenarien zu garantieren, wurden beide jeweils mit 15 % positiver wie negativer Abweichung aller Werte ermittelt und liefern so das positive Extremszenario „vitales Morgenland“ und das negative Extremszenario „arabischer Sozialismus“. Diese formelle Beschreibung einer denkbaren Zukunft wurde gewählt, um durch ein Storytelling das evaluierte Zahlenmaterial bildhaft darstellen zu können.<sup>9</sup> Neben den makro- und mikroökonomischen Trends ist in den zwei Extremszenarien zusätzlich auch von den jeweils bestmöglichen bzw. schlechtmöglichen soziopolitischen Entwicklungstrends ausgegangen worden, die derzeit in der Region denkbar sind. Diese Szenariospielart wurde vorgenommen, da nicht nur die ökonomische Dimension von Bedeutung sein kann, wie der Kollaps des Schahregimes und die jugoslawische Tragödie bewiesen. In beiden Fällen konnten die Ereignisse nur schwerlich den ökonomischen Entwicklungen zugeschrieben werden, eher basierten die Umbrüche in beiden Ländern auf der Basis von Legitimitäts- und Identitätsproble-

men.<sup>10</sup> Diese Anführung ist insofern bedeutsam, als die Identitätsdebatte mit allen sozialen und politischen Implikationen nirgendwo auf der Welt so ausgeprägt diskutiert wird wie in der MENA-Region.<sup>11</sup> Ein weiterer Faktor, der für eine MENA-Szenarioplanung schwierig greifbar erscheint, ist die Entwicklung der politischen Nachfolge. Was wird beispielsweise aus Mubaraks Ägypten nach seinem Dahinscheiden? Wilde Wahrsagerei oder vage Vermutungen zu treffen ist nicht Sinn dieser Arbeit, da ein algorithmisches Szenariomodell nicht in der Lage ist, solche individuellen Entwicklungen vorweg zu nehmen.<sup>12</sup> Um gewagte Prognosen beschriebener Art aus den

Überblick über Herrscher und Staatschefs sowie die staatliche Freiheitsbewertung

STATE	HEAD OF STATE	YEAR OF BIRTH	FITNESS	POLITICAL RIGHTS	CIVIL LIBERTIES	FREEDOM RANKING
ALGERIA	Bouteflika	1937	normal	6	5	not free
TUNISIA	Ben Ali	1936	normal	6	5	not free
LIBYA	al-Ghaddafi	1942	fragile	7	7	not free
EGYPT	Mubarak	1928	fragile	6	6	not free
WESTBANK & GAZA	Arafat	1929	fragile	5,5	5,5	not free
LEBANON	Lahoud	1936	normal	6	5	not free
SYRIA	al-Assad	1965	good	7	7	not free
MOROCCO	Mohammed VI.	1963	good	5	5	partly free
JORDAN	Abdallah II.	1962	good	5	5	partly free

Szenarien lassen zu können, schließt sich ergänzend eine Übersicht über den politischen Status quo in der MENA-Region an. Erfasst wurden die Herrscher bzw. die Staatschefs, deren Geburtsjahr und deren aktuelle gesundheitliche Verfassung. Ferner wurden in der folgenden Tabelle die Bewertungen der politischen Rechte und der bürgerlichen Freiheit erfasst.

## Trendszenario „depressiver Orient“ – Lethargie greift um sich

Viele Experten haben vor den Folgen des Irakkriegs auf die MENA-Region gewarnt, doch ihre Einwände verhallten wirkungslos. Das fragile politische Gleichgewicht in der Region wich so partiell einem Flächenbrand aus ethnisch-religiösen Auseinandersetzungen, der zusammen mit dem ungelösten israelisch-palästinensischen Konflikt die gesamte Region langsam aber sicher für Auslandsinvestitionen so unattraktiv machte wie keine Gegend sonst in der Welt. Eine Modernisierung der Wirtschaftsprozesse und einhergehende Reformen sind so ebenfalls nicht erfolgreich gewesen, und es folgte die logische Konsequenz, dass man im globalen Konkurrenzkampf mit anderen Regionen weiterhin chancenlos war. Unter diesen Einflüssen leiden sämtliche Volkswirtschaften, und die im Nahen Osten und Nordafrika lebenden 323 Mio. Menschen befürchten derzeit besonders durch die Etablierung der euro-mediterranen Freihandelszone eine noch schlimmere Wettbewerbsverschärfung. Eigentlich war ja die Freihandelszone schon für das Jahr 2010 veranschlagt, doch durch sich in die Länge ziehende Assoziierungsabkommen und andere Problematiken konnte dieser Zeithorizont nicht eingehalten werden. Die Angst vor den weiteren wirt-

schaftlichen Entwicklungen ist zudem weitreichend, da sich die Lebensbedingungen seit 1995, dem Zeitpunkt der Barcelona-Deklaration, nicht verbesserten. In den späten 90ern lebten 2,3 % der Bevölkerung von weniger als einem und rund 30 % von weniger als zwei US-Dollar pro Tag.<sup>13</sup> Zusätzlich haben sich seit 15 Jahren die im Arab Human Development Report 2002 erwähnten Freiheitsdefizite, die Frauengleichberechtigung und das Wissensdefizit nicht wesentlich verbessern können.<sup>14</sup> Eine gesellschaftliche Lethargie greift um sich und bietet volksislamistischen Gruppierungen eine breite Basis. Der Krieg gegen den Terror hatte im letzten Jahrzehnt zudem die arabische Gesellschaft stark polarisiert, so dass große Teile der arabischen Bevölkerung den Westen für alle die Unterentwicklung betreffenden Faktoren verantwortlich machen und auch die Kooperationsprozesse mit der EU mit massiver Skepsis betrachten. Auch in der Türkei spitzt sich die Brisanz zu, da man sich wegen der EU-Beitrittsdebatte inzwischen so verprellt fühlt, dass sich die Regierung mittlerweile auf politisches Glatteis begibt, sobald es um Verhandlungen mit Brüssel geht. Große Teile der Bevölkerung sehnen eine politische Umorientierung der eurozentrischen Politik herbei und hoffen auf einen islamisch-wirtschaftlichen Ansatz, der vielleicht in Verhandlungskooperation mit den erdölproduzierenden Golfstaaten münden könnte. Nicht nur die soziopolitische Lage scheint sich seit Beginn des Barcelona-Prozesses nicht verbessert zu haben, sondern auch die wirtschaftliche Komponente trägt zu Besorgnis auf beiden Seiten des Mittelmeers bei.

In der Region wurden im Jahr 2015 von allen MDL Bruttonettoprodukte in Höhe von 1,083 Billionen US-Dollar erwirtschaftet, was etwa der Hälfte des BSP der Bundesrepublik Deutschland (2,343 Billionen. US-\$) entspricht. Hierbei gab es bei den Volkswirtschaften der MDL wesentliche Unterschiede, wobei in der Maghrebregion das Bruttonettoprodukt zwischen 38 und 55 Mrd. US-\$ lag und in der Mashrekregion zwischen 3 und 280 Mrd. US-\$ schwankte. Die großen Schwankungen in der Mashrekregion basieren auf der problematischen Volkswirtschaft der palästinensischen Autonomiebehörde, die immer noch kein selbstständiger Staat ist. Selbst wenn man von dieser Ausnahme absieht, gestaltet sich die Mashrekregion wesentlich heterogener als die Maghrebregion. So erwirtschaftete beispielsweise Israel bezüglich des Bruttonettoprodukts fast exakt die Hälfte wie die Türkei, Syrien, Ägypten, Libanon und Jordanien gemeinsam. Kohärenter zeigt sich dagegen in beiden Regionen die durchschnittliche Zusammensetzung des BSPs zu ca. 9 % aus dem Agrarsektor, 36 % aus dem Industriesektor und 55 % aus dem Dienstleistungssektor. Hierbei ist speziell bezüglich der euro-mediterranen Freihandelszone bedeutend, dass in allen MDL der Agrarsektor, obwohl er nur einen verhältnismäßig geringen BSP-Beitrag von 0,5 % (Jordanien) bis 18,6 % (Syrien) liefert, im Arbeitssektor eine gewichtige Rolle einnimmt.

Mit Ausnahme von Algerien und Marokko ist in allen anderen Ländern die Rentabilität des Agrarsektors gering bzw. sind in ihm verhältnismäßig viele Arbeitsplätze gebunden. Durch die in den Assoziierungsabkommen vorgenommene Exklusion des Agrarsektors ist ein Export des Produktionsausschusses aus diesem Sektor ausgeschlossen. Im Gegenzug wird der Markt für Industriegüter geöffnet, wobei die Produkte der MDL sicherlich nur schwer mit denen der EU konkurrieren dürften. Für die wirtschaftlichen Entwicklungen nach 2015 dürfte dies speziell für den Industriesektor von Algerien, Marokko, Ägypten, Libyen und Syrien enorme Auswirkungen haben. Eine logische Konsequenz erhöhter Arbeitslosigkeit könnten, von den innenpolitischen Dimensionen abgesehen, noch unkontrolliertere Migrationsbewegungen als in der Gegenwart



sein. Denn in der Region liegt schon im Jahr 2015 bei dem 144 Mio. Personen umfassenden Arbeitskräftepotenzial eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von 25 % vor.<sup>15</sup> Doch die Arbeitslosenquote wird sich höchstwahrscheinlich nicht mehr verschlimmern, da das durchschnittliche Wirtschaftswachstum von rund 6 % ausreichen könnte, die geburtenstarken Jahrgänge zu absorbieren, die in nächster Zeit das Arbeitskräftepotenzial pro Jahr mit 2 % bis 3 % vergrößern werden. Ausnahmen sind auch hier die Regel, denn speziell Länder mit niedrigem Wirtschaftswachstum wie Libanon (0,03 %), Tunesien (0,45 %), Syrien (1,04 %), und Ägypten (1,42 %) sind schon jetzt mit diesen Problematiken konfrontiert, die latent innenpolitische Brisanz in sich birgt.

All diese Entwicklungen haben nicht unerheblichen Einfluss auf Migrationsbewegungen, die von Seiten der EU von den Zinnen der Festung Europa schon seit Beginn des 21. Jahrhunderts mit Argusaugen beobachtet wird. Von dieser Thematik außerordentlich stark betroffene Länder sind Syrien, Jordanien, Libyen und Algerien, deren illegale Migrationsströme immer häufiger zu politischen Disputen mit der EU führen. Ein weiteres Problem in den MDL ist speziell die Altersversorgung, da im Gegensatz zu 1990 die durchschnittliche Lebenserwartung von 67,5 um fast 10 Jahre angestiegen ist. Im Gesundheitssektor fehlen diesbezüglich bislang Strukturansätze, die durch den Sachverhalt nachvollziehbar werden, dass im Durchschnitt pro 1.000 Personen nur 3,1 Krankenhausbetten zur Verfügung stehen.<sup>16</sup> Der Entwicklungsstand des Sozialsektors hat sich nur bedingt verbessert und erreicht im Durchschnitt 0,88 Human Development Index-Punkte, wobei es immer noch Staaten wie Syrien (0,72 HDI) gibt, die noch weit darunter liegen.

Insgesamt hat sich die demografische Struktur der Bevölkerung sowieso stark verändert. Mittlerweile stellen in den MDL die 0-14-jährigen rund 27 %, die 15-64-jährigen ca. 68 % und die über 65-jährigen Personen rund 5 % der Bevölkerung dar.<sup>17</sup> Hierbei liegt der durchschnittliche Prozentsatz der in ruralen Gebieten angesiedelter Bevölkerung bei ca. 25 und in urbanen Gebieten angesiedelter Bevölkerung bei 75. Stark abweichende Ausnahmen bei dieser Verteilung sind in Ägypten und Libyen vorhanden, wobei sich Libyens Bevölkerung mit rund 95 % wesentlich urbaner und sich Ägyptens Bevölkerung mit 58,5 % wesentlich ruraler entwickelt hat.

Bezüglich der Kommunikationsmittel ist bei den MDL im letzten Jahrzehnt eine ansteigende Wachstumsrate zu konstatieren, wobei im Durchschnitt auf 1.000 Personen rund 430 Telefonleitungen und ca. 340 Fernsehgeräte kommen. Des Weiteren wurden im Bereich der Patentanmeldungen über 7.600 Einträge erzielt, was, im Vergleich zur BRD mit 200.000 Patenten, die schon vor 10 Jahren getätigte Anmahnungen der UNDP, zur Bildung einer arabischen Wissenselite immer deutlicher nachvollziehbar werden lässt.<sup>18</sup> Speziell die hohe Analphabetenrate von durchschnittlich ca. 16 % zeigt hier das Manko im Bildungssektor auf. Innerhalb der Staaten gibt es auch hier große Unterschiede, so fallen beispielsweise die hohen Analphabetenraten von Marokko (39 %), Ägypten (35 %) und Algerien (20 %) im Gegensatz zu denen von Jordanien (5 %), Libanon (8 %) und Israel (2,5 %) ganz besonders auf. Auch im Bereich der wissenschaftlich veröffentlichten Artikel sind bei den MDL im Vergleich zur BRD erhebliche Unterschiede erkennbar, wobei der Vergleich bei 16.400 zu über 52.000 veröffentlichten Artikeln liegt. Insgesamt scheint der Zugang zu Bildungseinrichtungen ebenso beschränkt zu sein wie die Reise- und Pressefreiheit sowie der Zugriff auf internationale Medien. Die täglichen Zeitungen, die auf 1.000 Personen

kommen, sind durchschnittlich auf rund 90 Stück zu beziffern, 1990 waren es im Vergleich fast 70 Zeitungen.<sup>19</sup>

Fast unverändert demgegenüber sind die Entwicklungen in der Region vom militärischen Standpunkt aus betrachtet. Insgesamt wurden rund 34 Mrd. US-Dollar für die Verteidigungshaushalte zur Verfügung gestellt, rund 10 Mrd. US-\$ weniger als im Jahr 1990. Auffällig ist bei diesem Sachverhalt, dass die Türkei und Israel zusammen die Hälfte der oben genannten Summe aufbringen. Ferner macht das Militärpersonal mit 1,82 Mio. aktiven Soldaten bei allen MDL rund 3 % des Arbeitskräftepotentials aus. Eine Art Friedensdividende ist gegenwärtig nicht denkbar, da der palästinensisch-israelische Konflikt derzeit durch die Initiativen der Amerikaner und Europäer nicht lösbar erscheint und zudem immer noch Bedrohungspotenziale vom Irak ausgehen. Speziell die türkischen Interessen kollidieren mit den Sezessionsbewegungen in den irakischen Kurdengebieten. Generelle Legitimitätsprobleme haben die arabischen Königshäuser, da al-Qaidanahe Islamisten-Netzwerke die aggressive Parole ausgegeben haben, dass Gott keine Prinzen und Könige kennt.

Insgesamt scheint der Barcelona-Prozess teilweise weit hinter seinen anvisierten Zielen zurückgeblieben zu sein. Ein Raum des Friedens und der Stabilität, in dem die Sicherheitsansprüche des Nordens mit den Prosperitätsbedürfnissen des Südens in Einklang gebracht werden, wurde nicht erreicht. Die Finanzhilfen durch EU-Gelder wurden teilweise geschickt von den jeweiligen Führungseliten missbraucht und zu eigenen Zwecken genutzt. Die wenigen staatlichen Unterstützungsprogramme, die die soziale Unzufriedenheit abfedern sollen, sind zudem mit strengen Verhaltensmaßregeln verbunden und für ethnische Minderheiten nicht zugänglich. Das Bild einer prosperierenden Region ,die vom Libanon bis Marokko reicht, das durch die Barcelona-Deklaration im Jahr 1995 suggeriert wurde, hat sich als Fata Morgana erwiesen und ist unweigerlich durch eine Realität, bestehend aus Eskalation und Repression, ersetzt worden. Anstelle des angestrebten Fortschritts, verbindender regionaler Kooperation und friedensschaffender Integration ist es vielmehr nur noch die Frage, wann der berüchtigte Funken wegen ungelöster Regionalkonflikte<sup>20</sup> überspringt und die unzufriedenen Massen in Amman, Kairo, Casablanca, Istanbul oder Beirut auf die Straße gehen.<sup>21</sup> Insgesamt erscheint die gesamte Region als lethargisch und unterentwickelt, was immer öfter ein Stigma vom depressiven Orient aufkommen lässt.

## **Positives Extremszenario „vitaler Orient“ – die Kraft des Friedens**

Im Morgengrauen des jung angebrochenen Tages spiegeln sich die ersten flinken Sonnenstrahlen auf der oberhalb der Klagemauer liegenden vergoldeten Kuppel des Felsendoms. Palmtauben schrauben sich friedlich in die Lüfte und werfen ihre pfeilschnellen Schatten auf die Gebäude, während langsam aber sicher die multikulturelle Bevölkerung der Stadt erwacht, die wohl weltweit der einzige Regierungssitz zweier Staaten ist.

Der in den späten 80er Jahren propagierte Gedanke einer Zwei-Staaten-Lösung, nach dessen Plänen ein neuer Staat namens Palästina in den 1967 von Israel besetzten Gebieten (Westbank, Gazastreifen und Ostjerusalem) entstehen sollte, wurde letztlich trotz vieler Dissonanzen und

Schwierigkeiten umgesetzt. Vor rund zwei Jahrzehnten bot sich nämlich als wirkliche strategische Alternative zum Status quo des eskalierten Konflikts die bis dahin nur diskutierte Möglichkeit der Zwei-Staaten-Lösung an, deren Implementierung während dieser Zeit nicht nur im Interesse der Israelis und Palästinenser, sondern der ganzen Region und der Weltgemeinschaft lag. Nach den vielen tausend Opfern, die der Eigendynamik der zweiten Intifada und den israelischen Vergeltungsreaktionen ihren Tribut zahlen mussten, geschah das fast Unmögliche: Das Nahost-Quartett, bestehend aus Vereinten Nationen, den USA, der EU und Russland, unterbreitete beiden Konfliktparteien klare politische Perspektiven, die in einem übersichtlichen Zeitrahmen angelegt waren. Man hatte aus den administrativen Fehlern nach Oslo gelernt und offerierte zusätzlich ein rund 30 Mrd. Euro umfassendes Entwicklungsprogramm namens Middle East Marshall-Plan (MEMP) für die Region. Unter der Devise „Territorium und nicht Terrorismus“ wurde sowohl auf Seiten der Palästinenser als auch auf der Seite der jüdischen Siedler größtenteils ein Interessensausgleich vermittelt, bei dem von alten Konfliktlösungsplänen abgesehen wurde, um neue Wege zu beschreiten. Man entschloss sich auf beiden Seiten zu einem Tausch des israelischen Negev gegen das palästinensische Samaria,<sup>22</sup> was eine Umsiedlung für rund 1,2 Mio. Palästinenser und 900.000 Israelis bedeutete.

Der Bevölkerungsaustausch wurde den Betroffenen schmackhaft gemacht, indem es pro Person 10.000 US-Dollar Umsiedlungsgeld gab und zudem die schon bestehenden Infrastrukturen von den Neuansiedlern genutzt werden konnten. Trotzdem stellte sich dieses mit rund 21 Mrd. US-Dollar budgetierte Befriedungsprogramm der Vereinten Nationen nicht als einfach heraus, aber die anfänglichen Übergriffe von Hamas, Hisbollah und extremistischen Siedlern konnten durch den Einsatz der durch Kapitel fünf der Vereinten Nationen legitimierten Peacekeeping-Truppe sowie der Nato Response Force (NRF)<sup>23</sup> nach und nach reduziert werden.

Als konflikthemmendendes Medium erwies sich besonders der Sachverhalt, dass bei gutem Willen, selbst zementierte Tatsachen in eine kreative Friedenslösung eingebracht werden konnten. So verzichteten beispielsweise einerseits die bei der Staatsgründung Israels vertriebenen palästinensischen Flüchtlinge und deren Nachkommen bei grundsätzlicher Anerkennung ihres erlittenen Unrechts sowie der materiellen Kompensation ihrer Verluste auf das Rückkehrrecht bzw. konnten sich bei Interesse in den palästinensischen Negev ansiedeln. Genauso sind auf jüdischer Seite die meisten der rund 235.000 Siedler bei einer materiellen Entschädigung ebenfalls bereit gewesen, von ihren Wohnsitzen in den besetzten Gebieten zurück hinter die Grenzen Israels zu ziehen. Erste Ansätze dieser konfliktabbauenden Maßnahmen zeichneten sich bei einer Umfrage der israelischen Friedensbewegung Peace Now im Jahr 2003 ab, bei der 80 % der Siedler und eine klare Mehrheit der Palästinenser diesen Maßnahmen zustimmten.<sup>24</sup>

Erste Anfänge für den richtungweisenden Schritt ereigneten sich im Dezember des gleichen Jahres, da bezüglich der Zwei-Staaten-Lösung in Israel nicht nur auf hoher politischer Ebene, sondern ein die gesamte Gesellschaft umfassendes Umdenken ereignete, das mit einem Plädoyer für Rückzug aus den besetzten Gebieten des israelischen Industrieministers und stellvertretenden Ministerpräsidenten Ehud Olmert in der auflagenstärksten Zeitung Yediot Acharonot vom 05.12.2003 anfang.<sup>25</sup> Auf palästinensischer Seite wurde die israelische Offerte nach anfänglichem Misstrauen letztlich begrüßt, konnte doch durch sie die arabisch-nationale Devise, dass die israe-

lisch-arabische Auseinandersetzung kein „Grenzkonflikt, sondern ein Existenzkonflikt“ (sira' wu-  
jud, la sira' hudud) ist, aus dem Weg geräumt werden. Das Ende dieser Betrachtungsweise ließ  
auch die israelischen Beziehungen zu den arabischen Nachbarstaaten anfangen zu gedeihen, ganz  
besonders zu Ägypten und Jordanien, mit denen all die Jahre vorher trotz Abkommen nur ein  
„kalter Frieden“ möglich war. Die regionale Kooperation, die sich besonders wirtschaftlich posi-  
tiv auswirkte, erweiterte den bisher nur Tunesien, Marokko, Jordanien und Ägypten und neuer-  
dings auch Algerien und Libyen umfassenden Agadir-Prozess um Israel und Palästina, was für  
den bisherigen Süd-Süd-Handel einen wesentlichen Aufschwung bedeutete. Dem Libanon, Sy-  
rien, dem Iran und dem mittlerweile auf acht Mitglieder angewachsenen Golf-Kooperationsrat<sup>26</sup>  
wurde ebenfalls der Beitritt in Aussicht gestellt. Eine rund 400 Millionen Verbraucher umfassen-  
de Freihandelszone ist so im Begriff des Entstehens. Alle Mitglieder der damaligen euro-  
mediterranen Partnerschaft (EMP) hatten mittlerweile Assoziierungsabkommen mit der Europäi-  
schen Union ratifiziert und waren in einer neuen Euro Middle East Partnership (EMEP)<sup>27</sup> einge-  
bunden, wobei neben der Türkei auch Israel und Palästina, beruhend auf dem Beschluss des Eu-  
ropäischen Rats in Essen 1994, einen Sonderstatus erhielten. Dem Nahost-Quartett sowie den  
zwei Konfliktparteien war die politische Kunst gelungen, den Konflikt zu beenden und einen  
Neuanfang zu wagen, der mit einem Mehr an Sicherheit, Prosperität und Stabilität belohnt wurde.

Dies machte sich für die ca. 372 Mio. Menschen in der ganzen Region spürbar bemerkbar, denn  
es stiegen in dieser Zeit die Bruttosozialprodukte der MENA-Staaten im Durchschnitt um 7 %  
und das Prokopfeinkommen pendelte sich in fast allen Staaten auf mindestens 6.000 US-Dollar  
ein. In der Region wurden im Jahr 2015 von allen MDL Bruttosozialprodukte in Höhe von 1,246  
Billionen US-Dollar erwirtschaftet. Von den positiven Entwicklungen profitierten speziell Mash-  
rekstaaten wie Israel (323 Mrd. US-\$), Libanon (141 Mrd. US-\$) und Ägypten (229 Mrd. US-\$)  
deren BSPs erheblich über dem Durchschnitt von 113,3 Mrd. US-Dollar liegen. In den meisten  
Ländern der MENA-Region setzt sich das BSP größtenteils zu bis zu 90 % aus dem Industrie-  
und Dienstleistungssektor zusammen, der Agrarsektor trägt nur noch in Marokko (16 %), Ägyp-  
ten (17 %) und Syrien (21 %) in hervorstechender Form zum BSP bei. Dennoch sind im Agrar-  
sektor viele Arbeitsplätze verankert, ein Sachverhalt, der speziell die Türkei (38 %), Syrien (30 %),  
Ägypten, Libyen und Tunesien (ca. 24 %) betrifft. Der arabischen Forderung, den Agrarsektor in  
die Assoziierungsabkommen mehr mit einzubeziehen, ist zwar von der EU auf Grund des star-  
ken Agrarlobbyismus einzelner europäischer Staaten nicht nachgekommen worden, aber dies  
stellte sich nicht so problemgewichtig dar, wie viele Experten meinten. Durch die demographi-  
schen Entwicklungen in der Region sowie den zunehmenden Tourismus wurden mehr landwirt-  
schaftliche Produkte für den Binnenmarkt benötigt, und durch die guten Handelsbeziehungen  
zum Golfkooperationsrat konnte der Überschuss des Weiteren in arabische Staaten exportiert  
werden, in denen arides Klima vorherrscht.<sup>28</sup> Der panarabische Friedensprozess mit Israel strahlt  
für die gesamte Region eine solche Stabilität aus, dass enorme Auslandsinvestitionen im Indust-  
rie- und Dienstleistungssektor einen Wirtschaftsboom auslösen und in internationalen Wirt-  
schaftsjournalen schon ab 2010 mit dem Begriff der „kleinen arabischen Löwenstaaten“ jongliert  
wurde, um eine Parallele zu den wirtschaftlich boomenden Tigerstaaten Asiens der 80er Jahre  
herleiten zu können. Speziell islamische Bankgeschäfte wie der so genannte „Mudaraba-  
Investorenkontrakt“,<sup>29</sup> bündeln zudem auf Grund zusagender Portfolioregeln gewaltige islami-

sche Anlagen auf die Region und verhelfen speziell dem Libanon, wieder attraktiver Finanzstandort zu werden.

Zwar ist im Zeitraum des Jahres 2015 die Arbeitslosenquote des rund 166 Mio. Menschen umfassenden Arbeitskräftepotenzials mit durchschnittlich 22 % recht hoch, doch eine logische Konsequenz der geburtenstarken Jahrgänge, die in der gegenwärtigen Dekade auf die Arbeitsmärkte strömen. Zudem wird der allgemeine Durchschnitt durch die enorm hohe Arbeitslosenquote von Syrien (53 %) erheblich verfälscht. Ferner lässt das ansteigende BSP eine Besserung dieses Umstands vermuten. Die schon angesprochene Problematik der geburtenstarken Jahrgänge lässt sich an der Bevölkerungsstruktur der 15 bis 64-jährigen im Jahr 2015 anschaulich ablesen, wo diese Gruppe annähernd 80 % der Gesamtbevölkerung ausmacht. Von Vorteil ist diese demografische Tatsache für den Orient, da er nicht wie viele Industriestaaten vor der Herausforderung einer zunehmenden Alterung der Gesellschaften steht. Vielmehr kann die „Jugendwelle“ als wichtiger Wirtschaftsindikator betrachtet werden, der die positiven Trendentwicklungen noch unterstützt.

Zwar ist die Einkommensverteilung in vielen Teilen der Region immer noch bis 2015 stark staatlich beeinflusst, doch es wird nach und nach der Weg von der Staatssubvention hin zu mehr Eigenvorsorge beschritten. Dies zieht eine Umstellung des finanziellen Verhaltens und der individuellen Erwartungen an den Staat nach sich, und die daraus resultierende individuelle Vorsorge durch Ersparnisbildung sowie Versicherungen schafft unzählige neue Arbeitsplätze. Zusätzlich zeigt die aggressive Standortpolitik der MDL die ersten Früchte ihrer Arbeit, und immer mehr große internationale Konzerne eröffnen in der Region Niederlassungen, um nicht nur im Bereich der Bio- und Petrochemie finanzsparende Synergieeffekte zu erzielen. Großzügige Steuerersparnisse und geringere Mindestlöhne bei gleicher Produkteffizienz verbunden mit niedrigeren ethisch-moralischen Forschungspräambeln stilisieren die Region immer mehr als wirkliche Konkurrenz, was diesbezüglich natürlich die europäischen Entwicklungsgelder aus Brüssel in den letzten Jahren stark versiegen lassen hatte. Kritiker schelten zwar die vergangene Brüsseler Finanzpolitik als zu großzügig, doch die Erfolge der sicherheitspolitischen Bestrebungen minimieren jegliche Basis für Kritik.

Die Verteidigungsausgaben der kompletten MENA-Region minimieren sich derweil im Jahr 2015 auf 29 Mrd. US-Dollar, und nur noch Israel (6,6 Mrd. US-\$) und die Türkei (8,5 Mrd. US-\$) verfügen über Budgets, die ein größeres Kapitalvolumen als 5 Mrd. US-Dollar umfassen.<sup>30</sup> Durch die Friedensdividende gedeiht derzeit speziell der Sozialsektor, was unter anderem an der gegenwärtigen niedrigen Analphabetenrate erkennbar ist. Im Gegensatz zur Vergangenheit pendelte die sich bei rund 13 % ein, und nur noch relativ großflächige Länder wie Marokko und Ägypten hatten auf Grund ihrer ruralen Bevölkerungsstruktur von 32 % bzw. 29 % gegenwärtige Analphabetenraten von bis zu 60 %. Des Weiteren stieg die Lebenserwartung in der gesamten Region auf über 87 Jahre an. Auch im Kommunikationssektor machen sich Verbesserungen bemerkbar, und im Jahr 2015 kommen durchschnittlich auf 1.000 Personen in der Region rund 496 Telefonanschlüsse, 393 Fernsehanschlüsse und 104 Tageszeitungen. Ebenfalls erhöhte sich im Durchschnitt die Anzahl der Patentanmeldungen auf 1.102 und die Anzahl der jährlich veröffentlichten wissenschaftlichen Arbeiten auf 1.888 Publikationen.

Insgesamt scheint sich die Wohlstandskluft zwischen Europa und der MENA-Region zu reduzieren, was in der ungefähren Angleichung der HDI-Werte zu erkennen ist. Problematische Migrationspotenziale, basierend auf einem Nord-Süd-Gegensatz, nehmen daher kontinuierlich ab. Wegen dieses Trends und eines allgemeinen Rückgangs des islamistischen Terrors wird im Rahmen der Euro Middle East Partnership darüber nachgedacht, einen Dialog auf der Ebene „people-to-people“ zu installieren. Ähnlich wie beim Schengen-Abkommen der EU in den 80er Jahren ist für die Zukunft ein Euromed-Visum geplant, das einen freien Reiseverkehr von „Algerien bis Zypern“ vorsieht.<sup>31</sup> Der Kerngedanke des 1995 lancierten Barcelona-Prozesses, der die Erschaffung einer Region des Dialogs, der Kooperation und des Austausch vorsah, ist im Begriff, immer mehr Realität zu werden.

## **Negatives Extremszenario „regionale Abkopplung“ – der Anfang vom Ende**

Im gleißenden Scheinwerferlicht von flankierenden schwer bewaffneten israelischen Soldaten rollt der Bulldozer an die von Einschüssen angefressene Häusergruppe heran und beginnt, die tragenden Elemente der Gebäude nach und nach mit seiner vielzackigen Schaufel zu zertrümmern. Der Fernsehreporter der live berichtenden BBC erwähnt, dass es sich hierbei um eine von Sharon im Jahr 2003 bei inoffiziellen Gesprächen in London angekündigte Beseitigung eines illegalen Siedlungspostens handeln könnte. Tut es aber nicht. Der israelische Ministerpräsident erklärte zwar vor 12 Jahren bezüglich der Vorgaben der Roadmap, dass „was immer illegal ist, wird beseitigt, was notwendig ist, wird bleiben“,<sup>32</sup> doch durch einen 20-prozentigen Zuzug von israelischen Siedlern während dieser Zeit, eine schleichende Legalisierung zuvor unbewilligter Siedlungsposten sowie deren Finanzierung durch verdeckte Budgetkosten schien die Roadmap zum Scheitern verurteilt. Auf Seiten der Palästinenser schürte die daraufhin aufkommende Frustration den Zulauf der extremistischen Organisationen, die allesamt der Hudna<sup>33</sup> abschworen und ihren Hass in Form von schrecklichen Attentaten sowohl auf israelische Militär- als auch Zivilstruktur entluden.

Die internationale Gesellschaft verurteilte diese zunehmenden Selbstmordattentate energisch, vermisste jedoch dieser Tage Israels Bereitschaft zum Einlenken, gerade auch in Bezug auf die militärischen Sperranlagen, die gerade im Begriff waren, am Westjordanland und Gazastreifen zu entstehen. Dieser rund 650 km lange so genannte Sicherheitszaun, der zum Schutz vor palästinensischem Terror errichtet wurde und in Israel offiziell „Hindernis“ heißt, löste größte internationale Protestwellen aus, und immer öfter konnte man in den internationalen Tageszeitungen von Vergleichen der südafrikanischen Apartheid lesen. Generell ruft die Strategie der Errichtung dieses Sicherheitszaunes Erinnerungen an einen 1923 erschienenen Aufsatz Zeev Vladimir Jabotinskys hervor, der den Titel „On the Iron Wall. We and the Arabs“ trug. Der Grundgedanke dieses Aufsatzes besagt, dass die jüdische Bevölkerung nur Bestand haben kann, wenn sie wie von einer eisernen Mauer geschützt wird, die die einheimischen Araber nicht niederzureißen imstande sind. Das israelische Außenministerium kritisierte damals die UNO-Resolution, wonach sich der Internationale Gerichtshof mit der damals im Bau befindlichen Sperranlage befassen sollte, und maß ihr genauso wenig Bedeutung bei wie den anderen, damals pro Jahr rund zwei Dutzend

UNO-Erklärungen und Resolutionen, die an den Staat Israel adressiert wurden. Der damalige israelische Finanzminister Netanjahu äußerte sich sogar bezüglich des Grenzzaunes, es gehe nicht an, „dass ein Staat vor Gericht gestellt wird, der seine Bürger vor wilden Tieren schützt.“<sup>34</sup>

Durch all diese negativen Entwicklungen kam es dazu, dass die 21 arabischen Staaten mit Hilfe einiger afrikanischer Staaten, die mittlerweile ihre diplomatischen Beziehungen zu Israel wegen des vorherrschenden Apartheidcharakters auf das Nötigste reduziert haben, über die Mehrheit in den Gremien der Vereinten Nationen verfügen und dies für israelkritische Stellungnahmen nutzen. Durch die massiven Menschenrechtsverletzungen im Westjordanland und Gazastreifen ist es nun möglich geworden, ähnlich aggressive Resolutionen wie die schon im Jahr 1975 vorgebrachte Resolution 3151, bei der Zionismus mit Rassismus in Verbindung gebracht worden war und die erst 1991 auf Druck der USA und Israels wieder aufgehoben wurde, auf den Weg zu bringen. Erste Tendenzen dieses Bestrebens sind schon im Jahr 2001 während der von den Vereinten Nationen ausgerichteten Rassismuskonferenz in Durban erkennbar gewesen.<sup>35</sup>

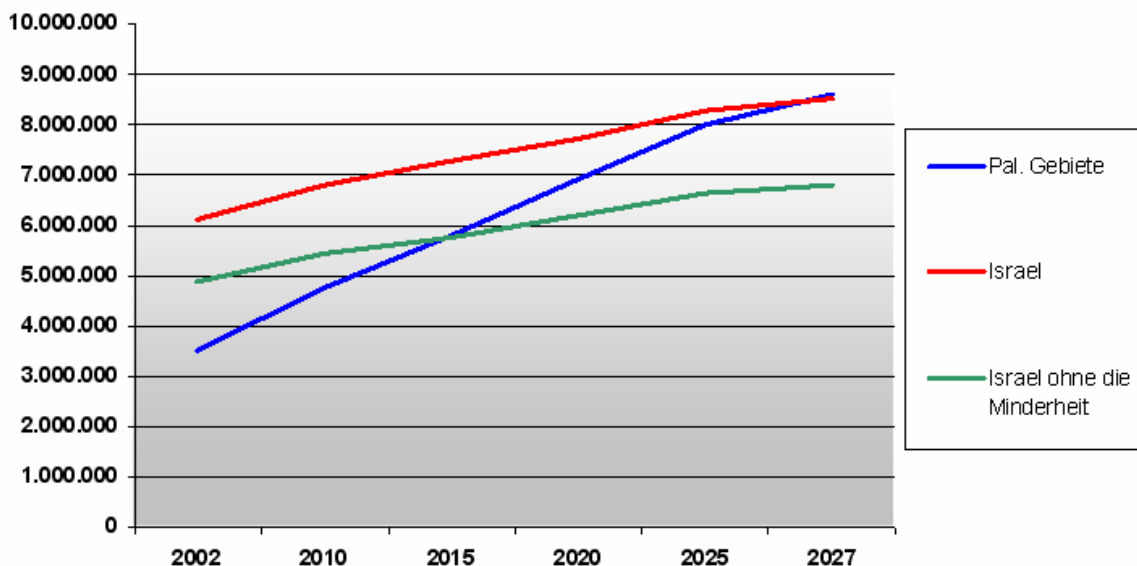
Übrigens war das zum Abriss freigegebene Objekt des emsig arbeitenden Bulldozers kein illegaler israelischer Siedlungsposten, wie der Reporter in seiner Reportage anfügte, sondern ein palästinensischer Häuserblock. Dieser kann eine potenzielle Bedrohung als Position für palästinensische Scharfschützen darstellen, die das neue jüdische Viertel in Ostjerusalem immer vehementer ins Feuer nehmen. Nach der Eroberung im Juni 1967 stellte Israel gut 70 Quadratkilometer des damaligen Ostjerusalem unter israelisches Recht, und bis zum Jahr 2003 wurden mehr als 35 % dieses Landes (24,8 Quadratkilometer) von – in der Regel privaten – Eigentümern enteignet, um Häuser für Israelis zu bauen. Für 62 % des verbliebenen Geländes – etwa 45,7 Quadratkilometer – sahen die neu angefertigten Bebauungspläne keine palästinensische Berücksichtigung vor. Ferner ist durch den regen Zustrom von Siedlern in die neu errichteten israelischen Siedlungen im Gazastreifen sowie Cisjordanien ihre Anzahl schon im Jahr 2010 auf etwa 800.000 Personen angestiegen und stellt seitdem bei vielen politischen Koalitionen das Zünglein an der Waage dar.

Enge Verbündete reagieren auf den fortschreitenden Verlust demokratischer Strukturen äußerst empfindlich, und die USA beispielsweise kürzten schon im Jahr 2003 die jährlichen Kreditbürgschaften um 10 % auf 289,5 Mio. Dollar. Und die EU, als größter Wirtschaftspartner Israels, sperrte einige Jahre später wegen sich anhäufender schwerer Menschenrechtsverstöße wie Deportationen, Massenverhaftungen, Folterungen, gezielten illegalen Hinrichtungen und Enteignungen, ihren Markt für israelische Produkte und setzte das 2000 ratifizierte Assoziierungsabkommen außer Kraft. Daraufhin wurde Israel der Beobachterstatus für den Europarat entzogen, die Mitgliedschaft der europäischen Regionalgruppe sowohl in den Vereinten Nationen wie der Interparlamentarischen Union aberkannt, die Teilnahme an Forschungs- und Entwicklungsprogrammen der EU verweigert und die Teilnahme israelischer Sportler an europäischen Sportwettbewerben sowie israelische Sänger an dem Schlagerwettbewerb der Eurovision untersagt. Letztlich kamen die neu entstehenden israelischen Siedlungen auf palästinensischem Kerngebiet und die Errichtung des militärischen Kontrollzaunes, der Palästina seitdem im ökonomischen Würgegriff hält, allen bekannten Konfliktlösungsansätzen zuvor und ließen eine Zwei-Staaten-Lösung in weite Ferne rücken. Schwermütige Buchtitel wie „Lügen im Heiligen Land“<sup>36</sup> schienen Tatsache geworden zu sein. Besonders Aufsehen erregend ist der Sachverhalt des mittlerweile vorhandenen A-

partheid-Charakters in Israel, denn im Jahr 2015 sind die israelischen Juden schon rein rechnerisch in der Minderheit und die palästinensischen sowie israelischen Araber in der

Mehrheit. Gegenwärtig beschleicht die israelische Regierung die Angst, dass die Palästinenser von einer Zwei-Staaten-Lösung absehen und auf das Mehrheitsrecht – ein Mensch, eine Stimme – beharren, was die demokratischen Strukturen in Israel sehr stark unter Spannungen setzen würde.<sup>37</sup> Um eine Katastrophe bei den nächsten Wahlen zu verhindern, wurde zu Anfang des Jahres vorläufig allen arabischstämmigen Bürgern und Palästinensern das Stimmrecht entzogen. Die An-

Die Berechnung der Daten erfolgte auf Basis des *CIA World Factbooks 2003* sowie des *Human Development Reports 2003*. Grundlage war dabei eine Bevölkerung von 2.237.194 Personen mit einem jährlichen Zuwachs von 3,3 % in der Westbank und eine 1.274.868 Personen umfassende Bevölkerung im Gazastreifen mit 3,89 % jährlichem Zuwachs. Israel wurde mit einer Bevölkerung von 6.116.533 Personen und einem Zuwachs von 1,39 % pro Jahr berücksichtigt. Zu beachten gilt, dass 19,9 % der israelischen Bevölkerung zur nichtjüdischen Minderheit gehört, die größtenteils aus Arabern besteht.



nahme des ehemaligen Knessetvorsitzenden Avraham Burg, der schon um die Jahrtausendwende einen Verlust des demokratischen Staates befürchtete, sowie die Ankündigung des Haifaer Demographie-Experten Arnon Sofer, dass die asymmetrische Bevölkerungsentwicklung eine Totenglocke für den jüdischen Staat darstellt, scheinen wahr geworden zu sein. Die palästinensische Bevölkerung verharrt nun schon seit langem in einer Schleife aus Unterdrückung, bestehend aus Gewalt und Gegengewalt. Feuilletonisten auf der ganzen Welt schreiben daher von einem arabischen Warten auf einen palästinensischen Nelson Mandela, der es vielleicht vermag, gewaltfrei auf den Konflikt und die Massen einzuwirken. Resultierend aus diesem Demokratiedefizit, der Willkür der Gewalt und dem zunehmenden Terror stieß die euro-mediterrane Partnerschaft relativ schnell an ihre Grenzen und ist durch den Zusammenbruch des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses äußerst stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Multilaterale Verhandlungen mit gemeinsamen arabischen und israelischen Partnern sind seitdem fast unpraktizierbar, und die Polarität zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn kann als eher enorm zunehmend als abnehmend beschrieben werden. Dies hat natürlich erhebliche Auswirkungen auf den Süd-Süd-



Handel, dessen Prosperität in weite Ferne entschwinden zu sein scheint. Zugleich schnellen in allen Ländern der Region die Rüstungsausgaben auf neueste Höchstwerte, deren Kapitalvolumen sich auf rund 40 Mrd. US-Dollar beziffert, wenn alle Verteidigungsbudgets zusammengerechnet werden. Beide Konfliktparteien scheinen untrennbar miteinander verwirrt, und viele arabische Staaten, die die Interessen der Palästinenser eher nur scheinbar unterstützen und vielmehr für eigene Interessen ausnutzen, befürchten einen nachhaltigen geopolitischen Flächenbrand, da immer wieder guerillahaft Palästinenser-Attacken aus Jordanien, Syrien, Ägypten und dem Libanon auf israelische Gebiete stattfinden und die Knesset immer öfter mit militärischer Vergeltung droht. Analog zu der arabisch-israelischen Konflikteskalation zeichnen sich ebenfalls zwischen den radikalsten islamischen Regimes und den USA politische Spannungen ab, die teilweise an die Auseinandersetzung mit Kuba vor dem Tod Fidel Castros erinnern. Den meisten arabischen Staaten gelingt es zudem nicht mehr, den islamischen Mob der Straße zu kontrollieren, und spontane Studentendemonstrationen in den Großstädten weiten sich immer öfter zu tumultartigen Straßenschlachten aus, die die ganze Region erfassen. Speziell von der Muslimbruderschaft und anderen islamistisch-karitativen Organisationen werden so genannte Schwächen und Fehler westlicher Lebensweisen, Demokratie- und Marktwirtschaftsmodelle angeprangert, was generell von der weniger gebildeten ruralen Bevölkerung in der Region begierig aufgenommen wird. Eine intellektuelle Abkoppelung des Zentrums von der Peripherie zeichnet sich in manchen Staaten wie beispielsweise Ägypten immer mehr ab, obwohl dieser Trend rückläufig ist.<sup>38</sup> Denn es stellen die ruralen Bevölkerungsanteile in der MENA-Region rein rechnerisch nur 22 % der Population dar, jedoch trägt diese Zahl, da in den letzten Dekaden viele Arbeitssuchende aus ruralen Regionen in die urbanen Ballungszentren auswanderten, um sich dort anzusiedeln. Dies hatte eine enorme Ghettoisierung der Großstädte zur Folge, was alltäglich in Zentren wie Kairo, Casablanca, Tunis und Amman zu Spannungen mit der größtenteils westlich-liberal eingestellten Stadtbevölkerung führt. Unter all diesen Entwicklungen leidet auch der Sozial- und Bildungssektor. Weit abgeschlagen von der internationalen Konkurrenz, fristet die Region ein Dasein als Beispiel fehlgeschlagener Entwicklungsstrategie.

Im Jahr 2015 wurden in der gesamten Region weniger als 14.000 wissenschaftliche Aufsätze veröffentlicht, wobei allein ein Drittel der Veröffentlichungen aus Israel stammte. Viele arabische Intellektuelle und Teile der Funktionselite spielen derweil mit dem Gedanken der legalen Auswanderung nach Kanada, Australien und Europa. Sollte sich nicht Grundlegendes ändern, ist mit einem „Brain-Drain“ zu rechnen.<sup>39</sup> Nicht zuletzt auf Grund der schlechten wirtschaftlichen Lage spitzt sich zudem in der gesamten Region die ökonomische Kluft innerhalb und zwischen den Gesellschaften immer mehr zu. Im Jahr 2015 beziffern sich die BSPs aller MDL auf 921,2 Mrd. US-Dollar, was etwa einem Drittel des BSP der Bundesrepublik Deutschland entspricht. Die Klassenunterschiede werden von Jahr zu Jahr augenscheinlicher, und der durchschnittliche Jahresprokopferdienst von rund 4.300 US-Dollar verdeutlicht das volkswirtschaftliche Dilemma. Diesbezüglich ist selbst diese bittere Zahl noch geschönt, da sie durch den hohen Prokopferdienst Israels von etwa 24.100 US-\$ positiv korrigiert wurde. Fast alle arabischen Staaten haben reale Prokopfeinkommen die sich bei ca. 2.250 US-\$ einpendeln oder sogar noch darunter liegen. Des Weiteren ist ein subregionaler Einkommensunterschied von rund 1050 US-Dollar zwischen Maghreb- und Mashrekregion zu konstatieren, der teilweise auf dem ungelösten arabisch-israelischen Konflikt basiert. Verheerend ist zudem, dass zwar trotz des durchschnittlichen Wirt-

schaftswachstums von bis zu 5 % der Arbeitsmarkt es nicht vermag, die jedes Jahr größer werdenden Massen der Arbeitssuchenden zu absorbieren. Schon jetzt sind nämlich rund 31 % des Arbeitskräftepotenzials vom Lohnerwerb auf Grund nicht vorhandener Arbeitsplätze ausgeschlossen. Ferner ist jeder dritte in der Region lebende Mensch jünger als 15 Jahre und wegen der hohen Analphabetenraten von bis zu 20 % und des nicht adäquaten Ausbildungsstandards ist eine Besserung bei den geburtenreichen Nachrückjahrgängen nicht in Sicht, eher eine Verschlimmerung des Status quo. Schon jetzt ist das Arbeitskräftepotenzial von 76 Mio. Personen nur noch bedingt in der Lage, die 275 Mio. Menschen in der Region zu ernähren.<sup>40</sup> Das Verhältnis zwischen arbeitender und zu versorgender Population ist 1 zu 3,6 was die Brisanz der prekären Lage verdeutlicht. Auf Grund fehlender medizinischer Versorgung und starker Umweltverschmutzungen ist in manchen Staaten die Lebenserwartung auf 65 Jahre oder weniger gesunken.<sup>41</sup> Der durchschnittliche HDI-Wert der MENA-Region pendelt sich bei 0,750 ein und entspricht dem Niveau mancher Entwicklungsländer aus dem Jahre 1970. Als Ausweg aus der beschriebenen perspektivlosen Situation bietet sich größtenteils nur die Migration an. Hierbei gibt es nur zwei Möglichkeiten. Zum einen die Option, sich als Gastarbeiter in den Golfstaaten zu verdingen, einer Region, wo schon seit dem Jahr 2000 eine restriktive Gastarbeiterpolitik verbunden mit Nationalisierungsprogrammen praktiziert wird und Gastarbeiter immer weniger willkommen geheißen werden.<sup>42</sup> Zum anderen bietet sich die Wahl der illegalen Immigration nach Europa an. Ein altes biblisches Sprichwort scheint im Jahr 2015 bittere Realität geworden zu sein, denn in Fällen, in denen der Prophet nicht zum Berg kommt, kommt der Berg zum Propheten.

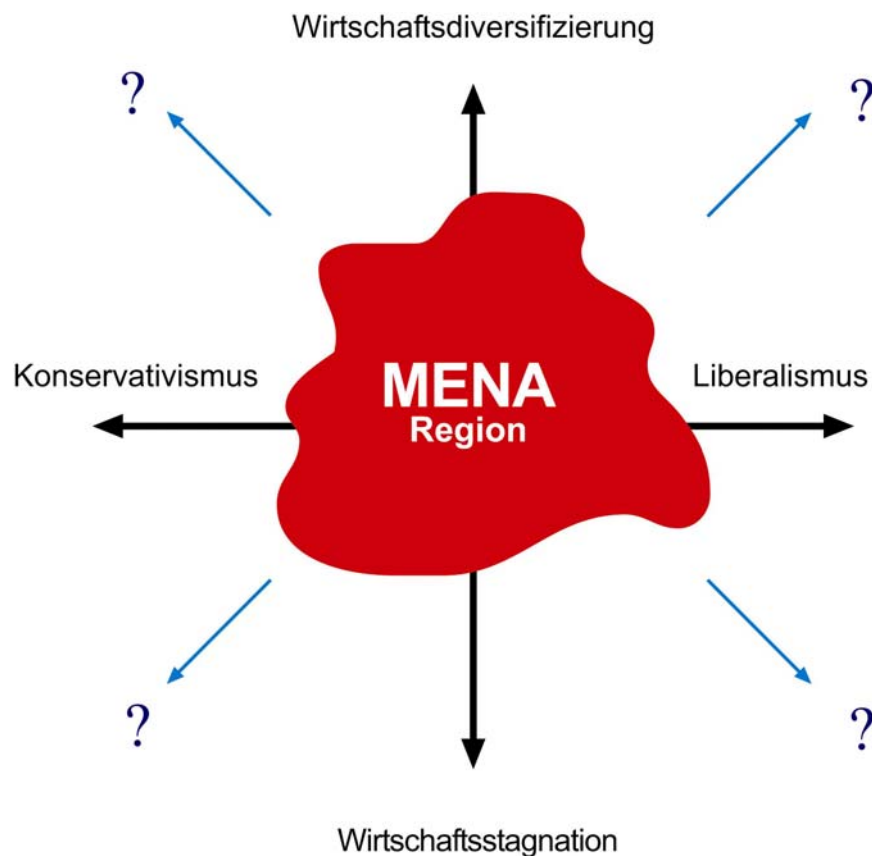
Ähnlich scheint es sich bei den europäischen Kooperationsbemühungen in der MENA-Region zu verhalten, denn da Wohlstand und Stabilität in dieser Region nur bedingt etabliert werden konnten, brechen derzeit große Teile der Bevölkerung auf, um zu den Orten des Wohlstands und der Stabilität zu gelangen. Bezüglich dieses Gleichnisses verpasste die EU anscheinend den Zeitpunkt, sprichwörtlich den Berg eher zu versetzen, bevor sich der Prophet in Form von illegalen Immigranten zum Kommen entschloss.

## **Implikationen**

Insgesamt haben die drei folgenden Szenarien die primäre Aufgabe, eine Szenariolandschaft aus der Zukunft in die Gegenwart zu projizieren, um eine „map for the territory of Change“ darzulegen. Denn wie man der folgenden Abbildung entnehmen kann, sind mit der generellen Krisenbewältigung immer mehrere spezielle Optionen und Lösungsansätze verbunden. Ähnlich wie bei der Darstellung bieten sich der EU gegenwärtig in der MENA-Region auch mehrere Handlungsoptionen an, die die Zukunftsentwicklungen nicht unbeträchtlich beeinflussen werden.

Wie sich auch immer die makro- und mikroökonomischen Trendparameter der nächsten Jahre in der MENA-Region entfalten, zwei derzeitige kritische Unsicherheiten werden die Entwicklungsergebnisse zusätzlich beeinflussen. Diesen Vorgang kann man in einem Koordinatensystem aufzeigen, wobei die horizontale Achse die Ebene ist, in der maßgebliche Gesellschaftsmodellveränderungen erfasst werden. Hierbei stellt das gegenwärtige arabisch-islamische Gesellschaftsmodell mit den extremen Polen der Liberalität und Konservativität die erste kritische Unsicherheitsdi-

mension für die Zukunftsperspektiven der Region dar. Anhand der vertikalen Achse können der Erfolg und das Ausmaß der wirtschaftlichen Diversifizierungen herangezogen werden. Der Weg in die Zukunft wird demnach Gesellschaftsveränderungen in Richtung Konservativität und Liberalismus sowie Wirtschaftsdiversifizierung und Wirtschaftsstagnation durchlaufen. Die Implikation der drei Szenariolandschaften ist, dass die EU in der gesamten regionalen Entwicklungsarena



über politischen und wirtschaftlichen Einfluss verfügt, von dem sie im eigenen Interesse Gebrauch machen sollte. Transparente Win-Win-Situationen sowie ein Dialog der Kulturen sollten hierbei Leitbilder einer fairen Kooperation sein, sowohl für die EU als auch die Staaten aus Nah- und Mittelost, versteht sich.

Für alle weiteren politischen Entwicklungen von Belang ist, dass der einem kurzfristigen Interesse unterliegende Eigennutz mancher EU-Staaten nicht nur zur Reduzierung weiterer positiver Einwirkungsmöglichkeiten, sondern auch von politischer Reputation führen wird.

## Endnoten

- 
- <sup>1</sup> Vgl. Fink, Alexander u.a. (Hrsg.): Erfolg durch Szenario-Management. Prinzip und Werkzeuge der strategischen Vorausschau, Frankfurt am Main, 2001, S. 59. Künftig zitiert als: Fink, Szenario-Management, 2001.
- <sup>2</sup> Kahn, Herman und Anthony Wiener: Toward the Year 2000: A Framework for Speculation, New York, 1967.
- <sup>3</sup> Vgl. Disraeli, Benjamin: Earl of Beaconsfield, Henrietta Temple, Book II, Chapter IV (1837).
- <sup>4</sup> Vgl. Maynes, Charles William: The Middle East in the Twenty-First Century, in: The Middle East Journal, Volume 52, No. 1, 1998, S. 9.
- <sup>5</sup> Vgl. Fink, Szenario-Management, 2001, S. 36.
- <sup>6</sup> Vgl. Hanusch, Horst u.a.: Volkswirtschaftslehre 1, Grundlegende Mikro- und Makroökonomik, Berlin 2002, 6. Auflage, S. 133, 239 f.
- <sup>7</sup> Vgl. Wilson, Ian: Mental Maps of the Future: An Intuitive Logics Approach to Scenarios, in: Fahey, Liam and Robert M. Randall (Hrsg.): Learning from the Future. Competitive Foresight Scenarios, New York 1998, S. 82–108.
- <sup>8</sup> Solche besonders markant ökonomischen Eckdaten bieten sich als Szenariofokus äußerst an, vgl. Behravesch, Nariman: The Role of Economic Scenarios, in: Fahey, Liam and Robert M. Randall (Hrsg.): Learning from the Future. Competitive Foresight Scenarios, New York 1998, S. 301.
- <sup>9</sup> Fink, Szenario-Management, 2001, S. 95.
- <sup>10</sup> Vgl. Dervis, Kemal und Nemat Shafik: The Middle East and North Africa: A Tale of two Futures, in: Middle East Journal, Volume 52, No. 4, 1998, S. 508 f.
- <sup>11</sup> Größtenteils handelt es sich dabei um das Spannungsverhältnis zwischen globaler Modernität und regionaler Identität. Hierzu speziell: Schami, Rafik: Ein arabisches Dilemma, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 37,2003, S. 3–5; Bakr, Salwa u.a.: Die muslimische Welt und der Westen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 37,2003, S. 6–14.
- <sup>12</sup> Bezüglich des Konfliktpotenzials der politischen Nachfolge in der MENA-Region gibt es spezielle Literatur. Vgl. Faath, Sigrid (Hrsg.): Konfliktpotential politischer Nachfolge in den arabischen Staaten, Edition Wuquf, Hamburg 2000.
- <sup>13</sup> Vgl. World Bank: Middle East and North Africa Region Strategy Paper, S. 2, online unter : <http://lnweb18.worldbank.org/mna/mena.nsf/All/B154D5429A9154A085256C6A00662360?OpenDocument>, 24.05.2004, 07.56 Uhr.
- <sup>14</sup> Vgl. UNDP (Hrsg.): AHDR 2002; S. 27.
- <sup>15</sup> Im Jahr 1995, dem Jahr, in dem die Barcelona-Deklaration unterzeichnet wurde, lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote im Gegensatz zu 25 % (2015) noch bei 17 %.
- <sup>16</sup> Als Vergleich dienen hierzu wieder die bundesdeutschen Verhältnisse, bei denen im Jahr 2015 in öffentlichen Krankenhäusern ca. 5 Betten pro 1.000 Personen zur Verfügung stehen. Der errechnete gesamteuropäische Durchschnitt liegt bei ca. 8 Betten pro 1.000 Personen.
- <sup>17</sup> Zum Vergleich die Bevölkerungsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland, die im Jahr 2015 bei 14 % 0 bis 14-jähriger, 66 % 15 bis 64-jähriger und 20 % über 65-jähriger Personen liegen wird. Ferner wird die Gesellschaft zu 91 % urban und zu 9 % rural angesiedelt sein.
- <sup>18</sup> UNDP (Hrsg.): Arab Human Development Report 2003. Building a Knowledge Society, New York 2003.
- <sup>19</sup> Man sollte nicht übersehen, dass der Gesamtdurchschnitt durch den israelischen Beitrag von 330 Zeitungen pro 1.000 Personen etwas positiv verzerrt wird. In Staaten wie Syrien (32), Tunesien (11) und Libyen (9) liegen die Zahlen bedeutend niedriger.
- <sup>20</sup> Ungelöste Regionalkonflikte umschreiben die Konfliktpotenziale des israelisch-palästinensischen Konflikts, der ungelösten Flüchtlingsfrage der Palästinenser im Libanon und Syrien, der prozentual stark vertretenen Jordanier palästinensischer Herkunft, der Kurdenfrage in der Türkei sowie der repressiven Minderheitenpolitik im Maghreb. Zusätzlich sind in der Region wegen Subventionskürzungen oder sozialer Ungerechtigkeiten immer öfter mit so genannten „Brotunruhen“ zu rechnen.
- <sup>21</sup> Erste Tendenzen dieser Entwicklungen wurden schon 2004 journalistisch aufgearbeitet, vgl. Zand, Bernhard und Rüdiger Falksohn: Slums. Gewalt als Ventil. Fast eine Milliarde Menschen leben in Elendsvierteln. Bald wird es jeder Dritte sein. Vor allem in Nordafrika wächst die Bereitschaft zur Radikalisierung, in: Der Spiegel, Nr. 23/25.05.2004, S. 110–113.
- <sup>22</sup> Vgl. Häckel, Erwin: Land gegen Land, in: FAZ vom 01.06.2004, S. 10.
- <sup>23</sup> In Washington schlugen mehrere Politiker und Exdiplomaten nach den Anfang Juni 2003 stattgefundenen nahöstlichen Gewaltexzessen teils drastische Maßnahmen vor, die später umgesetzt wurden. Senator *John Warner* äußerte anfänglich als erster die Anregung, NATO-Truppen ins Konfliktgebiet einmarschieren zu lassen.
- <sup>24</sup> Vgl. N.N.: Israelische Siedler gemäßigter als ihre Führer. Bereitschaft zu Siedlungsräumungen, in: NZZ vom 24.07.2003, S. 3.
- <sup>25</sup> Vgl. N.N.: Umdenken auf hoher Ebene in Israel. Starkes Echo auf *Olmerts* Plädoyer für Rückzug, in: NZZ vom 08.12.2003, S. 4.
- <sup>26</sup> Saudi-Arabien, Kuwait, Oman, Katar, Vereinigte Arabische Emirate, Bahrain und Neumitglieder Jemen und Irak.

---

<sup>27</sup> Hierzu: Neugart, Felix und Tobias Schumacher: The EU's Future Neighbourhood Policy in the Middle East. From the Barcelona Process to a Euro Middle East Partnership, in: Luciani, Giacomo und Felix Neugart (Hrsg.): Europe, the Middle East and the Iraq crisis, Gütersloh 2003.

<sup>28</sup> Saudi-Arabien, Kuwait, Bahrain, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate.

<sup>29</sup> *Madaraba* ist eine Art Investorenkontrakt, bei dem eine Partei Kapital und eine andere Partei Arbeitsleistung für ein gemeinsames Projekt zur Verfügung stellt. Ferner ist man sich im Voraus bezüglich der Gewinnverteilungsquote und der Aufteilung eventueller Verluste einig.

<sup>30</sup> Also knapp 8 % des us-amerikanischen Verteidigungshaushalts aus dem Jahr 2003, das mit rund 380 Mrd. US-\$ budgetiert war, vgl. IISS, Military Balance, 2004, S. 235.

<sup>31</sup> Der Name des luxemburgischen Ortes Schengen stand in den 80er Jahren für ein Europa ohne Grenzkontrollen im Personenverkehr. Am 14. Juni 1985 unterzeichneten dort Deutschland, Frankreich, Belgien, die Niederlande und Luxemburg das Abkommen, welches unproblematisches und zügiges Reisen garantierte. Auch Spanien und Portugal traten bei. Aber erst am 26. März 1995 hieß es „freie Fahrt“ zwischen diesen sieben Ländern - Personenkontrollen wurden abgeschafft. Die 142 Artikel des Schengen-Abkommens schrieben neben dem Wegfall von Grenzkontrollen unter anderem eine Angleichung der Visa- und Asylpolitik, gemeinsame Bekämpfung der Drogenkriminalität und verstärkte Kontrollen an den Außengrenzen vor.

<sup>32</sup> Vgl. Scharon, in: AP/Reuters/AFP, in: FAZ vom 28.11.2003, S. 6.

<sup>33</sup> Der Begriff, den die Palästinenser benutzen, um ihre „Waffenruhe“ zu beschreiben, ist das arabische Wort *Hudna*. Der arabische Begriff *Hudna* bezeichnet in der Regel eine Waffenpause aus taktischen Gründen.

<sup>34</sup> Vgl. Bremer, Jörg: Israel: Zaun schützt vor wilden Tieren, in: FAZ vom 10.12.2003, S. 2.

<sup>35</sup> Vgl. Bauer, Friederike: Verurteilung des Zionismus unangemessen. UN-Menschenrechts-Kommissarin Robinson kritisiert arabische Haltung zur Rassismuskonferenz, in: FAZ vom 10.08.2001, S. 5.

<sup>36</sup> Scholl-Latour, Peter: Lügen im Heiligen Land, Machtproben zwischen Euphrat und Nil, Berlin 1998.

<sup>37</sup> So beispielsweise die abgedruckten Meinungen, dass „Israel in eine Katastrophe eilt“ vier früherer Chefs (Avraham Schalom, Yaakov Peri, Carmi Gillon und Ami Ayalon) des israelischen Inlandsgeheimdienstes *Schin Beth* in der Zeitung *Yediot Ahronot* vom 13.11.2003; Vgl. Bremer, Jörg: „Israel eilt in eine Katastrophe“, in: FAZ vom 14.11.2003, S. 5; Neugart, Felix: Die Zukunft der europäischen Politik im Nahen Osten nach dem Irakkrieg. Diskussionspapier der VIII. Kronberger Gespräche 10.-12.2003, S. 20.

<sup>38</sup> So kommen im Jahr 2015 in der Region beispielsweise auf 1.000 Personen nur noch 74 gelesene Tageszeitungen. In der BRD ist die Quote vergleichsweise um 400 % höher.

<sup>39</sup> Nähere Prognosen und Erläuterungen hierzu: Khalatbari, Babak und Marc Lauterfeld: Under Full Sail in a Millennium of Migration? Enlargement in the East and “Push and Pull Factors” in the South, in: Jacobs, Andreas (Hrsg.): Euro-mediterranean Co-operation: enlarging and widening the perspective, ZEI-Discussion Paper C 131, 2004, S. 83.

<sup>40</sup> Im Jahr 2015 kommt beispielsweise selbst noch in der Bundesrepublik Deutschland auf eine rund 85 Mio. Menschen umfassende Bevölkerung ein Arbeitskräftepotenzial von 42 Mio. Personen, was ein Verhältnis von 1 zu 2 bedeuten wird.

<sup>41</sup> In der Bundesrepublik liegt vergleichsweise die Lebenserwartung im Jahr 2015 bei ca. 81 Jahren.

<sup>42</sup> Bei den Arbeitsmarktnationalisierungsprogrammen werden auch unbeliebte Arbeitsplatzsektoren wie beispielsweise Dienstleistungen mit einheimischem Arbeitskräftepotenzial besetzt, um die Zahl der Gastarbeiter zu minimieren. In Kuwait und Saudi-Arabien werden diese Programme mit dem Begriff der „Kuwaitization“ bzw. „Saudization“ umschrieben. Vgl. IMF 2003 Article IV Consultation with Kuwait, online unter :

<http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2004/pn0412.htm>, 22.06.2004, 07.34 Uhr.

### **Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik**

2003 an der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf gegründet, versteht sich das DIAS als unabhängige, interdisziplinäre und wissenschaftliche Denkfabrik, die strategische Politikberatung für Kunden aus dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor anbietet und als Plattform den Dialog und den Ideenaustausch zwischen Nachwuchskräften aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht bzw. moderiert. Das Institut organisiert zu diesem Zweck jährlich die Düsseldorfer Sicherheitskonferenz sowie weitere Veranstaltungen mit Vertretern verschiedener Anspruchsgruppen und stellt seine Arbeit der breiten Öffentlichkeit im Rahmen verschiedener Publikationsserien zur Verfügung.

© Copyright 2003, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik, Universitätsstrasse 1, D-40225 Düsseldorf, [www.dias-online.org](http://www.dias-online.org)